

**Sprechzettel von Ministerin Dr. Stenke**

<b>53. Sitzung des Bildungsausschusses</b>	am 4. Dezember 2025
Beratungsgegenstand <b>Ergebnisse der Norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz am 26. November 2025 in Lübeck beziehungsweise der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz am 28. November in Berlin</b>	<b>TOP 1a</b>

**Thema: NWMK-Sitzung am 26.11.2025:**

**Hintergrund und Zusammenfassung:**

Die Norddeutsche Wissenschaftsministerkonferenz (NWMK) hat am 26.11.2025 in Lübeck getagt und zentrale Weichen für eine vertiefte wissenschaftliche Zusammenarbeit in Norddeutschland gestellt. Im Mittelpunkt standen die gemeinsame Stärkung der Krebsforschung im Norden, die Weiterentwicklung der Deutschen Allianz Meeresforschung, Maßnahmen für eine engere norddeutsche Forschungskooperation und die Fortführung des Norddeutschen Wissenschaftspreises.

**Zusammenarbeit in der Krebsforschung:**

Wir haben uns zur aktuellen Lage der Krebsforschung ausgetauscht. Ein Impuls von Prof. Nikolas von Bubnoff, Geschäftsführender Vorstand des Universitären Cancer Center Schleswig-Holstein zeigte die besonderen Potenziale Norddeutschlands in der Onkologie auf - von starken universitären Krebszentren über exzellente Forschung in Zelltherapie und Medizintechnik bis hin zu weitreichenden Kompetenzen in Prävention und klinischen Studien. Es ist wirklich beeindruckend, was das UKSH im Bereich der Krebsforschung alles macht und wie es sich zusammen mit dem UKE auf den Weg zu einem CCC macht. Ich rege an, dass wir uns hier im Ausschuss oder im Rahmen eines parlamentarischen Abends mit den Strukturen und dem Stand der Krebsforschung in SH einmal näher auseinander setzen.

In diesem Zusammenhang haben wir beschlossen, diese Potenziale künftig stärker zu bündeln und sich gegenüber dem Bund für eine sichtbare Beteiligung norddeutscher Standorte in nationalen Forschungsstrukturen einzusetzen.

**Ausbau der Forschungszusammenarbeit:**

Die länderübergreifende Forschungsk Kooperation war ebenfalls Thema der Sitzung. Die Ergebnisse der zuständigen Arbeitsgruppe zeigen, dass viele Hochschulen und Forschungseinrichtungen bereits erfolgreich zusammenarbeiten - allerdings gibt es auch im bundesweiten Vergleich noch Potenzial. Künftig sollen Verbundvorhaben noch stärker gemeinsam entwickelt und unterstützt werden.

**Entwicklung in der Meeresforschung/DAM:**

Für die Deutsche Allianz Meeresforschung (DAM) und den Zusammenschluss mit dem Konsortium Deutsche Meeresforschung (KDM) wurden die nächsten Schritte bestätigt. Die Länder begrüßten die positive Evaluation der DAM und die Fortschritte auf dem Weg zur Verstetigung. Einen ersten Schritt haben wir jetzt im Rahmen der GWK unternommen, dort haben wir die Verwaltungsvereinbarung zur DAM für mind. 2 Jahre verlängert. In diesen 2 Jahren soll die Verstetigung der Allianz umgesetzt werden.

**Norddeutscher Wissenschaftspreis wird fortgesetzt:**

Die Ministerinnen und Minister beschlossen außerdem die Ausschreibung des Norddeutschen Wissenschaftspreises 2026 im Bereich Lebenswissenschaften. Gleichzeitig gaben sie grünes Licht für die Fortführung des Preises ab 2027 auf Grundlage einer neuen Verwaltungsvereinbarung. Der norddeutsche Wissenschaftspreis trägt zur Sichtbarmachung der Wissenschaft in Norddeutschland bei und befördert Forschungsk Kooperationen. Daher wird der Preis künftig mit einer Netzwerkveranstaltung verbunden sein, für deren Durchführung 20.000 Euro vorgesehen sind.

**Blick auf aktuelle wissenschaftspolitische Themen:**

In einer offenen Aussprache befasste sich die NWMK zudem mit bundespolitischen Entwicklungen - darunter die Energiewendeforschung, die geplante High-Tech-Agenda und Fragen der Forschungssicherheit. Die Länder betonten die Bedeutung transparenter Entscheidungswege und verlässlicher Strukturen in der Zusammenarbeit mit dem Bund.

**Ergebnis:**

Mit den gefassten Beschlüssen setzt die NWMK ein klares Signal für eine starke und vernetzte Wissenschaftsregion Norddeutschland.

### Thema: GWK-Sitzung am 28.11.2025:

Ein starkes Signal ging auch von der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz am vergangenen Freitag aus. Hier haben Bund und Länder neben der Verlängerung der **Verwaltungsvereinbarung zur DAM** u.a. ebenfalls eine Erhöhung der **DFG-Programmpauschale** beschlossen.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist die viertgrößte Forschungsfördereinrichtung und zentrale Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland. Im Rahmen qualitäts- und wissenschaftsgeleiteter Verfahren zur Begutachtung, Bewertung, Auswahl und Entscheidung von Forschungsanträgen fördert sie erkenntnisgeleitete Forschung.

Im Jahre 2024 haben die Bewilligungen der DFG ein Fördervolumen von knapp 3,9 Mrd. € umfasst. Die Förderungen der DFG umfassen neben den eigentlichen Projektmitteln zur Durchführung des jeweiligen Forschungsprojekts auch eine sogenannte Programmpauschale, die zur Deckung der mit der Förderung verbundenen indirekten, variablen Projektausgaben dient, die bei betriebswirtschaftlicher Betrachtung durch die Forschungsprojekte verursacht werden.

Ohne die PP würde sich die paradoxe Situation ergeben, dass die Hochschulen umso stärker in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt sind, je erfolgreicher sie am Drittmittelwettbewerb teilnehmen.

Derzeit liegt die DFG-PP bei 22%, d.h. pro 100 € Projektmittel erhält eine Hochschule 22 € PP.

Die Finanzministerkonferenz hat am 6. November 2025 einstimmig als Beratungsergebnis festgehalten, dass eine PP-Erhöhung auf das Niveau von 25% zielführend wäre. Einer Erhöhung der Länderbeteiligung an der PP könne sie in einem begrenzten Umfang folgen, dies setze jedoch voraus, dass auch der Bund seinen Beitrag zur Erhöhung leiste. In erster Linie sieht die Finanzministerkonferenz die DFG gefordert, die PP-Erhöhung zu finanzieren.

Dem FMK Beschluss folgend hat auch die GWK der Erhöhung der Programmpauschale auf 25% beschlossen und die Steigerung im Verhältnis 2:1:1 durch Umschichtung aus den der DFG zur Verfügung gestellten Mitteln sowie durch zusätzliche Mittel des Bundes und der Länder getragen wird.

Für Schleswig-Holstein wird dadurch in den Jahren 2027 bis 2030 ein Mehrbedarf von insgesamt 1,338 Mio. € entstehen, der sich wie folgt auf die einzelnen Jahre verteilt:

2027: 78 T€;  
2028: 240 T€;  
2029: 422 T€;  
2030: 598 T€.

Ich mache keine Geheimnis daraus, wenn ich sage, dass ich hier wirklich erleichtert bin, den Hochschulen in unserem Land dieses wichtige Signal mit der Zustimmung Schleswig-Holsteins geben zu können. Aufgrund unserer Haushaltssituation ist die Übernahme der zusätzlichen Kosten ein enormer Kraftakt, der allein den im Wettbewerb bei der DFG erfolgreichen Hochschulen zu Gute kommt.

### **Hightech Agenda Deutschland (HTAD)**

Ein weiterer erwähnenswerter Punkt war das Gespräch mit dem BMFTR zur Hightech Agenda Deutschland (HTAD). Die HTAD ist eine Technologie-Agenda, kein Forschungsprogramm, in deren Rahmen der Bund 18 Mrd. Euro bis zum Ende der Legislaturperiode investieren wird. Hierfür sieht der Bund 6 prioritäre Schlüsseltechnologien vor:

- Künstliche Intelligenz,
- Quantentechnologien,
- Mikroelektronik,
- Biotechnologie,
- Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung sowie
- Technologien für die klimaneutrale Mobilität.

Zudem soll in weitere Vorhaben der folgenden fünf strategischen Forschungsfelder investiert werden:

- Luft- und Raumfahrt,
- Gesundheitsforschung,
- Sicherheits- und Verteidigungsforschung,
- Meeres-, Klima- und Nachhaltigkeitsforschung sowie
- Geistes- und Sozialwissenschaften.

Mit der HTAD richtet der Bund die Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik neu aus - mit einem klaren Fokus auf mehr Wertschöpfung, Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität. Uns Ländern ging es insbesondere um mehr Transparenz und mehr Beteiligung. Im Ergebnis werden wir jetzt durch eine Arbeitsgruppe auf AL-Ebene eng eingebunden u.a. bei der Entwicklung sog. Technologie-Roadmaps, in denen die Ziele und Maßnahmen aus der HTAD weiter operationalisiert werden.